

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1056/2011
Amt/Aktenzeichen Dezernat V/17 00 36	Datum 01.06.2011	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 14.06.2011			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Stadtrat	Entscheidung	15.06.2011	Ö

Betreff: Antrag 0457/2009 der SPD "Zentrale Anlaufstelle Regenerative Energien" mit Änderungsanträgen B 90/Die Grünen und CDU
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, 07.06.2011 Gez. Beutel Jens Beutel Oberbürgermeister
Mainz, 10. Juni 2011 gez. Beutel Jens Beutel Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Antrag 0457/2009 ist erledigt.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt

Der Antrag der SPD hatte zum Ziel, einen zentralen und einzigen Anlaufpunkt für alle interessierten Privatpersonen und Unternehmen zu schaffen, die sich in Mainz im Bereich regenerativer Energien engagieren wollen.

Der Änderungsantrag von B.90/Die Grünen sprach sich für den Aufbau einer „Energieberatungsstelle“ aus, für die ein personeller Ausbau unumgänglich sei und für eine Akquise von Fördermitteln, beispielsweise aus der Klimaschutzinitiative des Bundes.

Der Änderungsantrag der CDU forderte die Fortentwicklung zu einer dauerhaften, eigenständigen „Mainzer Energie- und Klimaschutzagentur“ und den Einsatz der Verwaltung für eine Förderung der „Klimaschutzinitiative Mainz 2020“ aus Bundesmitteln.

Der Antrag der Stadt Mainz zur „Klimaschutzinitiative Mainz 2020“ wurde 2009 bewilligt. Seit 1.1.2010 ist die bewilligte Stelle durch eine Diplomingenieurin (FH) / MSc Energie- und Umwelttechnik im Umweltamt besetzt.

Entsprechend dem Beschluss des Stadtrats vom 3.11. 2010 zum Antrag 1917/2010 „Umsetzungskonzept zum Erreichen der Klimaziele der Stadt Mainz – Gründung einer Klimaschutz- und Energieagentur Mainz“ hat das Umweltdezernat am 16.2.2011 dem Stadtrat einen umfangreichen Sachstandsbericht vorgelegt. Dieser beinhaltet insbesondere die Aktivitäten im Bereich Erneuerbare Energien und ein Konzept für die Errichtung einer Klimaschutz- und Energieagentur.

2. Lösung

Die Anliegen der Antragsteller sind im Rahmen der laufenden Arbeiten und bei konzeptionellen Entwicklungen seitens der Verwaltung stets berücksichtigt worden.

Angesichts der inhaltlichen Fortentwicklung der Thematik schlägt die Verwaltung vor, den Antrag 457/2009 für erledigt zu erklären. Der o. g. Antrag 1917/2010 wird selbstverständlich von der Verwaltung weiter bearbeitet und die Gremien über den Fortgang unterrichtet.

3. Alternative

Keine.

4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Keine.

Finanzielle Auswirkungen:

ja, Stellungnahme des Amtes 20 (Anlage 1)
 nein

Nur im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung auszufüllen!